



17. April 2026

Positionierung zum Digitalen Euro in der Bundesregierung und dem EU-Rat

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

wir wenden uns an Sie mit einem dringlichen Anliegen, das für die Kreditwirtschaft in Bayern von zentraler Bedeutung ist. Am 15. April 2026 konnten wir uns mit Herrn Staatsminister Eric Beißwenger zu wesentlichen Problemfeldern im Zusammenhang mit der geplanten Einführung eines Digitalen Euro austauschen. Dieses Gespräch nehmen wir zum Anlass, um Ihnen die Position der bayerischen Sparkassen und Genossenschaftsbanken zu übermitteln. Damit möchten wir den gemeinsamen Wunsch an Sie herantragen, unsere Kritikpunkte und Bedenken an oberster Stelle der Regierungskoalition des Deutschen Bundestags einzubringen. Durch Ihren Impuls über den EU-Rat könnten in den anstehenden Trilogverhandlungen noch Verbesserungen in der Konzeptionierung des Digitalen Euro erzielt werden.

Der Digitale Euro ist nach den aktuellen Plänen dergestalt konzipiert, dass er die europäische Souveränität im Zahlungsverkehr schwächt, statt zu stärken. Der Vorschlag der Kommission sieht Pflichten für europäische Banken und Rechte für andere Zahlungsdienstleister vor. Diese erhalten einen besonders einfachen Zugang zu europäischen Kundenschnittstellen. Das bedeutet, dass US-Anbieter, die heute schon den Markt dominieren, profitieren, während europäische Anbieter die regulatorische Last und hohe Umsetzungskosten tragen und ihre Innovations- und Entwicklungskapazitäten über Jahre binden.

Eine eigene, parallele staatliche Zahlungsinfrastruktur für den Digitalen Euro würde in direkter Konkurrenz mit dem privatwirtschaftlichen System WERO und dessen Kooperationspartnern in 13 europäischen Ländern mit ca. 130 Mio. Kunden treten. Schätzungen zufolge würden den europäischen

Banken durch den Digitalen Euro Implementierungskosten von rund 18 Mrd. Euro entstehen – Mittel, die dann für Innovation und Digitalisierung fehlen würden. Die Welt ändert sich heute – Europa darf nicht erst morgen antworten. Digitale Souveränität für Europa im Payment braucht Tempo. Im Jahr 2029, dem geplanten Roll-out des Digitalen Euro, wird WERO bereits ein halbes Jahrzehnt Vorsprung haben.

Unsere Position ist daher klar:

1. Der Digitale Euro darf **kein Einfallstor für Big Techs** darstellen, und es muss ein angemessenes Vergütungsmodell für Zahlungsdienstleister wie Banken etabliert werden, um ihre Rolle im digitalen Zahlungsverkehr zu sichern. Die Zukunft liegt in einer souveränen Dateninfrastruktur in Europa – so wie WERO das bereits realisiert.
2. Die konsequente **Priorisierung einer Wholesale Lösung** würde Effizienz und Innovation im europäischen Zahlungsverkehr stärken.
3. Der Digitale Euro im Retailbereich sollte als **reines Zahlungsmittel konzipiert** und in **europäische privatwirtschaftliche Lösungen integriert** werden.

Mit unseren Bedenken stehen wir nicht alleine. Auch der am 3. November 2025 veröffentlichte Berichtsentwurf des ECON empfiehlt, für ein europaweites Zahlungssystem vorrangig auf privatwirtschaftliche Lösungen zu setzen. Für den Online-Digitalen Euro enthält der Berichtsentwurf eine **Konditionalklausel**, wonach er nur eingeführt werden soll, wenn keine funktionierende privatwirtschaftliche paneuropäische Zahlungslösung existiert. Wir möchten Sie bitten, sich für den **Erhalt der Konditionalklausel** einzusetzen.

Eine Kopie dieses Schreibens wird an den Bayerischen Staatsminister für Europaangelegenheiten und Internationales Eric Beißwenger sowie an den Leiter der Abteilung Europapolitik im Bundeskanzleramt und Europapolitischen Berater des Bundeskanzlers Michael Clauß versendet.

Mit freundlichen Grüßen

